

Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 26 (1970)
Heft: 6-7

Artikel: Dienstpflicht für die Schweizer Frauen?
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-845403>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Themen und Daten der Sendungen nicht genannt, die «bis zur äussersten Grenze des durch die Konzession Erlaubten — für die politischen Rechte der Frau eingesetzt» worden sind. Ich kenne keine!

«... Seit Frau Thommens Zeiten (ist) einiges passiert ...» Wo, so möchte ich fragen, haben «die Frauen — gottseidank — politische Rechte erhalten?» Noch nicht einmal in allen Gemeinden des Kantons Zürich, in der ganzen Schweiz erst in einem Bruchteil. Erst in sieben Kantonen auf kantonaler Ebene und das eidgenössische Stimmrecht steht ebenfalls noch aus!

Aber genau wie zu Elisabeth Thommens Zeiten sind die Frauen allüberall benachteiligt. Und es wird noch viele Jahrzehnte dauern bis die Gleichberechtigung erkämpft ist.

Hier nur einige Feststellungen, wie sie mir gerade in den Sinn kommen:

Die rechtliche Stellung der Frau in der Familie. Nach dem ZGB: Der Mann ist das Haupt der Familie, die Frau hat den Haushalt zu führen.

Der Mann bestimmt den Wohnort.

Der Mann kann es seiner Frau verbieten, einen Beruf auszuüben, oder ein Geschäft zu eröffnen.

Dies alles nach unserem Gesetzbuch!

Die Frau bezieht für die gleiche Arbeit einen geringeren Lohn. Es gibt keine Richterinnen, keine Diplomatinen; im Bund existieren keine Chefbeamtinnen, keine Direktorinnen, weder am Radio, Fernsehen, noch beim Telefon, weder bei den Elektrizitätswerken, bei der Post, der SBB, Swissair, nirgends. In den Warenhäusern, den Lebensmittelgeschäften, Migros etc. gibt es keine Frauen in den höheren Positionen. Es gibt nur wenig Pfarrerinnen und dies nur, weil es zu wenig Pfarrer hat.

Diese Aufzählung, und man könnte noch vieles nennen, liefert doch wohl den Beweis, dass wir Frauen «Sonderwesen» sind, leider. «Aussenseiter der Gesellschaft» der Männergesellschaft, leider! Aber gerade deshalb und weil wir, nebenbei bemerkt, rund die Hälfte des Schweizervolkes stellen, können wir auch «Spezialsendungen» zu unseren Anliegen verlangen, genau gleich wie die Blinden, die Kranken, die Invaliden, die Philatelisten, die Sportler, die Unmündigen. Und wir verlangen damit nichts anderes als Gerechtigkeit, denn wir helfen ja auch wacker mit, diese Sendungen zu berappen!

Selma Regula Gessner

Dienstplicht für die Schweizer Frauen?

Die allgemeine Dienstplicht für die Frauen sei vorzusehen, da die Rekrutierung des Zivilschutzkaders neu überdacht und gesichert werden müsse.

Dies erklärte in Solothurn der Direktor der Zentralstelle für Gesamtverteidigung, Dr. Hermann Wanner, in seinem Referat «Zivilschutz und Gesamtverteidigung», das im Mittelpunkt der Delegiertenversammlung des Schweizerischen Bundes für Zivilschutz vom 2. Mai 1970 stand.

Das neue K für die Schweizerin

Die Eidgenossin, im Ausland erzählt man es sich augenzwinkernd, wird von ihrem Eidgenossen eisern auf die drei K: Küche, Kinder und, je nach Temperament, Kreuzstich oder Kirche, verwiesen. Nun will die Offiziersgesellschaft ihr ein neues K zuweisen, die Kaserne. Ich finde, Mädchen in Uniform würden gerade unserem Land

einen einzigartigen, fremdenverkehrsfor-
dernden Reiz verleihen. Statt die harsche
Politik, die die zarte Frauenseele arg fru-
strieren müsste, wären beispielsweise
nächtliche Manöver mit strategisch wich-
tiger Tätigkeit an der Gulaschkanone un-
gemein aufbauend und feminisierend. Sie
würde zudem vorbereitend auf die künfti-
gen Aufgaben als Hausfrau und Mutter
wirken. Die verschieden gefärbten Mini-
Stimmrechtlein in einigen Kantonen und
Gemeinden, die man den Frauen nun zu-
gebilligt hat, verpflichten diese nun tat-
sächlich zu so patriotischem Tun, das vie-
le Männer für sich selber gar nicht lieben.
Wenn wir oben von Uniformen sprachen,
so brauchen diese nicht unbedingt das
Militärbudget zu belasten. Man hat im
letzten Weltkrieg gesehen, dass Pluderho-
sen und Jacken aus Drillich an weibli-
chen Luftschuttsoldaten ausgezeichnet et-
wa vorhandene angenehme Formen ka-
schieren und so aus jedem aufregenden
weiblichen Wesen ein beruhigend sächli-
ches machen. Auch eine Militärversiche-
rung und Lohnausfallentschädigung könn-
te man sich glatt ersparen, vom Sold gar
nicht zu reden. Da die Frauen auf eidge-
nössischem Boden politisch nicht existie-
ren, haben sie dazu nichts zu sagen. Sie
sollen nun zuerst einmal etwas Idealismus
fürs Vaterland beweisen.

Die Schweiz wäre dann das einzige west-
europäische Land mit einer militärischen
Dienstpflicht für Frauen und das sogar bei
verminderten Rechten. Der exotische Gag
wäre dabei, dass wir also Soldatinnen wie
Israel hätten und dazu eine innenpoliti-
sche Situation, wie sie sogar in den mei-
sten arabischen Staaten nicht mehr üblich
ist. Ein solcher Kontrast würde dem stau-
nenden Ausland einmal mehr zeigen: Wir
Schweizer sind anders.

Sandra

Warum sorgen die Väter nicht für ihre Töchter?

In den unrühmlichen Hinterhöfen unseres
demokratischen Musterstaates rangiert
nicht nur die Rechtsungleichheit der
Frauen im Hinblick auf die politischen
Rechte. Mindestens ebenso schwerwie-
gend und beschämend ist die mangelnde
Gleichstellung der Mädchen auf dem Ge-
biet der Bildung und Erziehung. Für den
Fall der Unterzeichnung der Menschen-
rechtskonvention musste der Bundesrat in
seinem Bericht vom 9. Dezember 1968
einen vierten Vorbehalt vorschlagen im
Hinblick auf «die faktischen Ungleichhei-
ten, die in mehreren Kantonen mit bezug
auf die Ausübung des Rechts auf Unter-
richt bestehen.» Die Schweiz, das vielge-
rühmte Land der Erziehung und der huma-
nitären Tradition, kann weder für sich sel-
ber noch für die Kantone die verlangte
Zusicherung leisten, dass jeder Person
ohne Diskrimination aus Gründen des Ge-
schlechts das gleiche Recht auf Unterricht
zusteht.

Selbstverständlich bezieht sich die ver-
fassungsmässig garantierte Rechtsgleich-
heit auch auf das Gebiet der Bildung und
Erziehung. Überdies hat die Schweiz das
Übereinkommen Nr. 111 über die Diskri-
minierung in Beschäftigung und Beruf ra-
tifiziert; seit dem 13. Juli 1962 ist der im
Geist der Allgemeinen Erklärung der Men-
schenrechte verfasste Vertragstext zu ei-
nem innerstaatlichen Gesetz geworden.
Danach ist jede Diskriminierung aus Grün-
den des Geschlechts untersagt, welche
die Gleichheit der Gelegenheiten in Be-
schäftigung oder Beruf aufhebt oder be-
einträchtigt. Als Voraussetzung zu dieser
beruflichen Gleichstellung aller ist die
Schweiz gesetzlich verpflichtet, Gesetze